

Migration verhindern

In einem Referat vor Wirtschaftsvertreterinnen und -vertretern führt Herr Grossenbacher aus:

"Aus den dargelegten Gründen fordere ich Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, auf, sich vehement dafür einzusetzen, dass unsere Vorstellungen eines grenzfreien globalen Wirtschaftsraumes realisiert werden können."

Zur gleichen Zeit findet im "Sternen" in Gauwil eine Veranstaltung der örtlichen Bürgervereinigung statt. Bei ihrer Wortmeldung macht Frau Herren folgende Aussage:

"Ich fordere die anwesenden Politikerinnen und Politiker auf, alles zu unternehmen, um die Asylantenflut zu unterbinden. Machen wir unsere Grenzen dicht!"

Öffnung oder Abschottung? Was ist deine Meinung? Mach dir dazu ein paar Gedanken, bevor du weiterliest.

Fachpersonen sind sich heute bei der Beantwortung dieser Frage insofern einig, als niemand der Auffassung ist, dass Migration verhindert werden kann. Migration ist somit ein Phänomen, das zu unserer Welt gehört und mit dem wir heute umgehen müssen. Die Frage kann daher eigentlich nicht lauten, wie Migration zu verhindern ist, sondern wie man sie allenfalls beeinflussen kann.

Zunächst gilt es zu bedenken, dass es zwei Sichtweisen gibt: Einerseits diejenige der betroffenen Zielländer, die sich oftmals mit der Frage auseinandersetzen, welche Massnahmen sie zu treffen haben, um als Migrationsziel weniger attraktiv zu sein. Antworten auf solche Fragestellungen orientieren sich somit weitgehend an der Qualität der Anziehungswirkung von Zielländern (Pullfaktoren). Vorschläge dieser Art sind beispielsweise ein (zeitlich befristetes) Arbeitsverbot, eine Verschärfung der Asylgesetzgebung, restriktive Bestimmungen im Bereich des Nachzugs von Familienangehörigen oder eine für Zuwandernde wenig verlockende Sozialgesetzgebung (Unterstützungsleistungen). Oder direkt abschreckende Massnahmen wie der Vorschlag von Frau Herren, nämlich eine umfassende Grenzbewachung mit Hilfe der Armee. Dazu gehören aber auch internationale Vereinbarungen wie beispielsweise die Abkommen von Schengen und Dublin. Die Lösungsansätze bestehen somit in mehr oder weniger technischen (gesetzgeberischen) Massnahmen der Zielländer und tragen nichts dazu bei, die Problematik von Grund auf anzugehen.

Eine viel grundsätzlichere Optik verfolgt dagegen die andere Sichtweise: Sie stellt die Migrantinnen und Migranten in den Mittelpunkt und geht der Frage nach, was zu unternehmen

wäre, damit diese ihre Heimat nicht verlassen. Lösungsansätze dieser Art orientieren sich somit an der Thematik der Pushfaktoren.

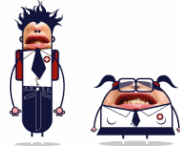
Migration ist oft wirtschaftlich bedingt. Daher betrifft eine zentrale Forderung wirtschaftliche Aspekte und verlangt, dass die heutige Weltwirtschaftsordnung, welche in erster Linie die Interessen der bedeutenden Industrienationen (G 8) berücksichtigt, zu verändern sei, wenn man tatsächlich Migration eindämmen wolle. Die Kritiker der bestehenden Ordnung verweisen etwa auf bestehende Handelsschranken, auf die enorme Schuldenlast oder auf Mechanismen der Globalisierung, unter welchen Länder der Dritten Welt zu leiden hätten. Sie sind der Auffassung, dass die Industrienationen angehalten sind, eine umweltverträgliche Entwicklungspolitik zu betreiben, um eine nachhaltige Entwicklung der ärmeren Länder zu erwirken. Es dürfe beispielsweise nicht vorkommen, dass Regenwälder als Zahlungsreserven eingefordert, dass äusserst instabile Monokulturen gefördert oder Staudammprojekte finanziert würden, welche Massenumsiedlungen zur Folge hätten. Auf Solidarität beruhende Entwicklungspolitik müsse uneigennützig das Ziel verfolgen, Armut zu überwinden. Dieses Ziel sei, so meinen andere Wirtschaftsexperten, in erster Linie mit wachstumsfördernden Massnahmen zu erreichen. An der Globalisierung, welche heute als Tatsache hinzunehmen sei, seien auch ärmere Länder zu beteiligen, welche momentan noch kaum davon profitierten. Ein Hauptgewicht sei auf die Förderung von Ausbildung und Gesundheit zu legen, sichere Arbeitsplätze seien zu schaffen. Die Entwicklung habe im Einklang mit Umweltauflagen zu geschehen, deren Einhaltung auch im Interesse von ärmeren Ländern liege; diesbezüglich sei man seit dem Umweltgipfel von Rio auf guten Wegen. Wie schwierig es insbesondere seit dem Regierungswechsel in den USA im Jahre 2001 ist, die Ziele einer nachhaltigen Umweltpolitik mit konkreten Massnahmen tatsächlich umzusetzen, zeigt der oft mässige Erfolg von seither durchgeführten Folgekonferenzen.

Weiter ist es eine Tatsache, dass Menschen auswandern, weil sie aus politischen Gründen oder wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer Minderheit verfolgt werden. In zahlreichen Ländern werden die elementarsten Menschenrechte nicht geachtet. Es muss daher unsere Aufgabe sein, darauf hinzuwirken, dass Menschenrechte eingehalten werden, wenn wir Migration eindämmen wollen. Dies ist ausgesprochen schwierig, weil solche Länder unsere Ermahnungen oftmals als Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten brandmarken. Wir haben jedoch die Möglichkeit, die Vergabe von Projekten bei der Entwicklungszusammenarbeit an die Einhaltung von Menschenrechten zu binden (Konditionalität). Zudem müssen wir bei wirtschaftlichen Kontakten mit Ländern, die gegen Menschenrechte verstossen, auf deren Einhaltung hinweisen, auch wenn wir damit das Risiko eingehen, ein lukratives Exportgeschäft zu verlieren. Konsequente Menschenrechtspolitik kann somit Opfer verlangen und wird daher - je nach Blickwinkel - verschieden beurteilt. Immerhin hat die Weltgemeinschaft mit der Einrichtung eines UNO-Hochkommissariates für Menschenrechte im Jahre 1993 ein Zeichen dafür gesetzt, dass diesem Aspekt weltweit mehr Beachtung geschenkt werden sollte.

Sehr oft flüchten Menschen vor kriegesischen Ereignissen. Internationale Politik müsste somit das Ziel verfolgen, weltweit den Frieden zu stärken (präventive Friedenspolitik) oder aber dort friedensschaffend einzugreifen, wo Konflikte bereits ausgebrochen sind. Als Instrument steht der Weltgemeinschaft die UNO (United Nations Organisation) zur Verfügung, der heute ungefähr 160 Länder angehören. Seit 2002 ist die Schweiz ebenfalls ein Vollmitglied der UNO. Gemäss UNO-Charta kann eigentlich nur bei internationalen Konflikten eingegriffen werden, was rechtliche Probleme aufwirft, wenn sich sogenannte Blauhelme - wie beispielsweise in Somalia, in Bosnien und Herzegowina oder im Kosovo-Konflikt - in Bürgerkriegen engagieren. Es gilt somit abzuwägen zwischen dem Prinzip der Souveränität von Staaten einerseits und der Respektierung allgemeiner Menschenrechte sowie der Rettung von Menschenleben andererseits.



BFF ODR UFR UFF



Eine Frage löst immer wieder politische Diskussionen aus: Kann ein dauerhafter Friede überhaupt mit dem Mittel der Gewalt erreicht werden? Wie stehst du zu dieser Frage?